

Gegen Antisemitismus

In Berlin soll ein neuer Arbeitskreis den Judenhass bekämpfen. Seite 11



Alles okay

Im Buch von Marc-Uwe Kling ist der Mensch Fehler im System. Seite 15

Foto: imago/Horst Galuschka

Nicht nur Anti-Trump

US-Demokraten unter dem Druck linker Aktivisten. Seite 3

Foto: dpa/Justin Lane



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 14. November 2017

72. Jahrgang/Nr. 265

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Der Gastgeber schaut zu

Kurt Stenger zählt Deutschland zu den Bremsern beim UN-Klimagipfel

In Sachen Klimaschutz blickt die Welt derzeit nach Deutschland. Bei der UN-Konferenz in Bonn beginnt Mitte der Woche die heiße Schlussphase, wenn Staatschefs und Minister die Verhandlungen über die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens sowie über Finanzhilfen für arme Länder aufnehmen. Wie alle Jahre wieder ist Eile geboten angesichts der Erderwärmung und der nicht sinken wollenden globalen CO₂-Emissionen.

Als Hilfgastgeber des Klimagipfels wäre Deutschland natürlich besonders angesprochen, wenn es um eine Vorreiterrolle bei der benötigten Energie- oder Verkehrswende geht. Doch bei der britisch-kanadischen Initiative für einen weltweiten Kohleausstieg wie auch beim Verbot von Verbrennungsmotoren, das viele Länder bereits beschlossen haben, glänzt die jetzige Regierung durch Abwesenheit. Und das gerade sondierende Vier-Parteien-Bündnis wird, das lässt sich schon beim jetzigen Stand absehen, in diesen Fragen ebenfalls zu den Blockierern auf internationaler Bühne gehören.

Für die amtierende und wohl auch künftige Kanzlerin, die einige Erfahrung mit Klimagipfelauftritten hat, wird es diesmal richtig peinlich werden. Angela Merkel tritt Mitte der Woche vor das Verhandlerplenum – und wird sich unter anderem von Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron die Schau stehlen lassen. Ihre Botschaft kann nämlich lediglich lauten: Es ist Klimakonferenz – und der Gastgeber schaut zu!

UNTEN LINKS

Die Wahlen 2017 gehen gewiss als **Kracher** in die Geschichte ein. Und das nicht nur, weil die AfD in den Bundestag eingezogen ist. Auch nicht nur deshalb, weil vier Parteien seit Wochen ohne sichtbare Ergebnisse sondieren, ob sie überhaupt jemals Koalitionsverhandlungen aufnehmen. Selbst diversen Zoff bei CSU und Linkspartei, hörbares Gegrummel bei CDU und Grünen, Siegerposen bei der FDP samt Haustür-Wahlbefragungen durch die SPD kann man unter politischer Folklore abbuchen. Nicht aber die Kosten. Wie reagiert eigentlich eine Marktwirtschaft, wenn der ganze Spaß, mit dem nun niemand etwas anfangen kann, 92 Millionen Euro gekostet hat, 15 Millionen mehr als die 2013er Bundestagswahl? Das nächste Mal sind es schon 107, dann 122 Millionen. Dass noch keiner gefordert hat, das Wählen aus Kostengründen abzuschaffen, ist erstaunlich. Um dem vorzubeugen, gehören Neuwahlen auf die Tagesordnung. Notfalls wählen wir, bis die Kassen leer sind. oer



Oh, wie schön ist Malta

Besuchen Sie das Geldwäsche-Paradies

Fotos: iStock/anyaivanova, iStock/Mlenny, mauritius images/John Warburton-Lee/Ken Scicluna, iStock/republica, iStock/rossmagri; Grafik: nd

Berlin. Während Malts Regierung in der EU in Sachen Geldwäsche und Korruption unter Druck steht, lässt sich Ministerpräsident Joseph Muscat an diesem Dienstag bei einer Konferenz in Hongkong feiern. Zum dritten Mal in Folge nimmt er für seinen Staat die Auszeichnung für das »weltbeste Staatsbürgerschaft-durch-Investition-Programm« von der Beratungsfirma Henley & Partners entgegen. Der Ministerrat im Mittelmeer vergibt seit einigen Jahren Pässe an Ausländer, die dort investieren, etwa indem sie eine Immobilie erwerben. Was Vermögensberater, Juristen und Banker freut, stößt bei EU-Partnern zunehmend auf

Kritik: Sie befürchten, dass auch Kriminelle, die auf diese Weise ihr Geld waschen, den Malta-Pass bekommen und dann quer durch die EU reisen und dort Geschäfte machen können. Der Mord an der regierungskritischen Journalistin Daphne Caruana Galizia, die über korrupte maltesische Politiker und den Einfluss der Mafia berichtete, hat das Ausmaß der Bedrohung von Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit in dem EU-Land deutlich gemacht. Vor allem im Europaparlament macht man sich große Sorgen. Für Dienstagnachmittag ist eine Plenardebatte mit Entschließung zum Thema »Rechtsstaatlichkeit und Geldwäsche

in Malta« angesetzt. Außerdem schickt Straßburg eine Parlamentarierdelegation in das südlichste EU-Land, um die Fälle von Geldwäsche und Korruption zu untersuchen. Beobachter gehen davon aus, dass Malta als Steueroase davon profitiert, dass Vermögende und Unternehmen seit dem Panama Papers eher einen Bogen um Panama machen. »In Malta herrscht eine Kultur der Straflosigkeit und des Gekungels zwischen politischen und finanziellen Eliten«, meint der finanz- und wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen/EFA-Fraktion im Europaparlament, Sven Giegold. KSt

Seite 2

CO₂-Emissionen steigen weltweit wieder an

Industrie stößt 37 Milliarden Tonnen aus / Forscher fordern Maßnahmen gegen den Klimawandel

Rückschlag im Kampf gegen den Klimawandel: Die weltweiten CO₂-Emissionen werden 2017 wieder ansteigen. Doch es gibt auch positive Entwicklungen.

Von Benjamin von Brackel, Bonn

Der Höhepunkt bei den globalen Treibhausgasemissionen schien eigentlich schon erreicht zu sein. Drei Jahre in Folge stiegen die CO₂-Emissionen trotz anhaltenden Wirtschaftswachstums nicht weiter an. Doch nun vermeldet das Forscher-Netzwerk »Global Carbon Project« auf der UN-Klimakonferenz in Bonn für 2017 einen Zuwachs um etwa zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Industrie und Kraftwerke weltweit werden 37 Milliarden Tonnen CO₂ ausstoßen. Hinzu kommen Emissionen aus Landnutzungsänderungen, etwa durch Waldrodung (41 Milliarden Tonnen CO₂). Bestätigt sich die Prognose, wird die Menschheit so viel Koh-

lendioxid ausstoßen wie nie zuvor. »Das ist sehr enttäuschend«, sagte Corinne le Quééré, Direktorin des Tyndall Zentrums für Klimawandelforschung an der Universität East Anglia und Mitautorin des Berichts. »Die Zeit läuft uns davon in unserer Fähigkeit, die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu halten, geschweige denn auf 1,5 Grad.«

Hauptgrund für den Rückschlag ist das Wiedererstarren der chinesischen Wirtschaft. Die Volksrepublik ist als größter CO₂-Emittent für 28 Prozent des weltweiten Ausstoßes verantwortlich. Weil die Wasserkraftwerke des Landes infolge geringer Niederschläge zugleich weniger Energie lieferten, legte der Kohleverbrauch in China um drei Prozent zu. Und das ließ die Emissionen des Landes nach zwei Jahren Stagnation um 3,5 Prozent steigen.

Aber auch der Westen ist nicht auf dem richtigen Pfad. Zwar gingen die Emissionen in den USA und

Europa zurück – aber nur leicht. »Dies reicht nicht aus, um den Anstieg in den Entwicklungsländern auszugleichen«, sagt Glenn Peters, Direktor des Klimaforschungszentrums CICERO in Oslo.

Hauptgrund für den Rückschlag ist das Wiedererstarren der chinesischen Wirtschaft.

Doch es gibt auch gute Nachrichten: In 22 Ländern gingen in den vergangenen zehn Jahren die Emissionen trotz wachsender Wirtschaft zurück. Positiv vermerken die 76 Forscher von 57 Institutionen aus 15 Ländern in ihrem Bericht auch die Entwicklung in Indien: Beim viertgrößten CO₂-Emittenten stieg der Ausstoß in diesem Jahr um zwei Prozent – in

der vergangenen Dekade waren es noch sechs Prozent pro Jahr.

Blickt man über 2017 hinaus, ist ebenfalls ein erfreulicher Trend zu erkennen: Wie die Klimaanalytiker vom Carbon Action Tracker mitteilen, steuere die Welt bis Ende des Jahrhunderts mit den derzeitigen politischen Maßnahmen aller Länder auf eine Erderwärmung von 3,4 Grad zu. Das sind 0,2 Grad weniger, als bisher vorausgesagt. Dafür ist abermals vor allem China verantwortlich, das seine Wachstumsraten beim CO₂-Ausstoß spürbar gesenkt hat.

Vom Zwei-Grad-Ziel der UNO ist man aber weit entfernt. Daher mahnten internationale Forscher in einem Appell zum Auftakt der zweiten Verhandlungswoche in Bonn Maßnahmen gegen den Klimawandel an. Die Erde nähere sich Kipp-Punkten, bei deren Überschreiten abrupte, potenziell unumkehrbare Veränderungen in Ökosystemen wie der Arktis oder dem Amazonas-Gebiet drohten.

Hunderte Tote bei schwerem Erdbeben in Iran und Irak

Rettungskräfte suchen verzweifelt nach Überlebenden der Katastrophe

Teheran. Mehr als 230 Tote wurden nach dem verheerenden Beben im Westen Irans bis Montagmittag allein in der Stadt Sarpol-E-Zahab gezählt. Insgesamt sind es in Iran etwa 350 Tote. Auf der anderen Seite der Grenze, im kurdischen Teil Iraks, waren acht Tote und rund 500 Verletzte zu beklagen.

Die Rettungskräfte suchten am Montag fieberhaft nach Überlebenden. Es sei »schwierig, Rettungsteams in die Dörfer zu schicken, weil die Straßen abgeschnitten sind. Es gab Erdrutsche«, berichtete der Chef des Katastrophenschutzes Irans, Pir Hossein Koolivand. Vielerorts fiel der Strom aus.

Das Erdbeben der Stärke 7,3 hatte die Region am Sonntagabend erschüttert. Nachdem die US-Erdbebenwarte das Epizentrum zunächst in Ostirak bei Halabdscha angesiedelt hatte, änderte sie dies am Montag und lokalisierte es nun rund 50 Kilometer nördlich von Sarpol-E-Zahab in Iran. Dort türmten sich riesige Trümmerberge auf. AFP/nd Seite 20

Trotz Arbeit von Armut bedroht

Jeder zehnte Beschäftigte gefährdet / LINKE und DGB fordern Maßnahmen

Berlin. Zehn Prozent der Beschäftigten in Deutschland sind im Jahr 2016 trotz Arbeit armutsgefährdet gewesen. Das zeigt eine Auswertung von Eurostat-Daten durch die Bundestagsfraktion der Linkspartei. Bei befristet Beschäftigten lag der Anteil der Armutsgefährdeten sogar bei 20,5 Prozent und hat sich damit seit Umsetzung der rot-grünen Sozialreformen mehr als verdoppelt. Die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Sabine Zimmermann, forderte die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro. »Arm trotz Arbeit darf es nicht länger geben«, sagte sie. Daran müsse sich eine neue Bundesregierung messen lassen. Auch DGB-Vorstand Annelie Buntenbach forderte Grüne, Union und FDP auf, Formen prekärer Arbeit zurückzudrängen. »Es ist zutiefst ungerecht und gefährdet den sozialen Zusammenhalt, wenn Beschäftigte trotz Arbeit ausgegrenzt und abgehängt werden«, sagte Buntenbach. Sie forderte, Befristungen ohne sachlichen Grund zu untersagen und Minijobs in normale, sozialversicherungspflichtige Arbeit umzuwandeln. flh Seite 4

Tajani will Mittel der EU aufstocken

EU-Parlamentspräsident fordert Verdopplung des EU-Haushalts

Berlin. EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani hat eine Verdopplung des Haushalts der Europäischen Union gefordert. »Wir benötigen 280 Milliarden Euro statt 140 Milliarden Euro pro Jahr«, sagte Tajani den Zeitungen der Funke-Mediengruppe am Montag. Das vergrößerte EU-Budget solle durch die Einführung von Steuern finanziert werden. »Hierfür braucht es neue EU-Eigenmittel, wie etwa eine Finanz-Transaktionssteuer auf Börsengeschäfte«, sagte Tajani. Er begründete seinen Vorstoß mit den Kosten für die Bewältigung der Flüchtlingskrise und den Anti-Terror-Kampf sowie dem erhöhten Bedarf an Investitionen.

Die deutsche Bundesregierung äußerte sich ablehnend zu dem Vorstoß Tajanis. »Dieses Thema steht für uns jetzt in keiner Weise auf der Tagesordnung«, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin. Denn die Befassung mit dem künftigen Mehrjahreshaushalt der EU liege »noch deutlich vor uns«. Kritik äußerten auch Politiker der Union und der FDP. Agenturen/nd

ISSN 0323-4940

